

Postulat Natalie Imboden (GB)/Simon Röthlisberger (JA!): Welche Politik für Familien in der Stadt Bern? Ein Familienbericht mit Strategien und Massnahmen ist notwendig

In der Stadt Bern leben knapp 13 000 Familien mit Kindern. Somit leben heute in jedem fünften Haushalt Kinder. Bundesrat Couchepin hat jüngst den Familienbericht 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt (Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik, Bundesamt für Sozialversicherungen, Eidg. Departement des Innern [Hrsg.] 2004). Darin ist neben einem ausführlichen und interessanten statistischen Teil über die Situation von Familien in der Schweiz ausgeführt, dass in der Familienpolitik der Schweiz die Kantone und Gemeinden über weit reichende Kompetenzen verfügen, der Bund hingegen insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen (u.a. Kinderzulagen, Erwerb ersatz bei Mutterschaft) aktiv ist. Ein spezielles Kapitel im Bericht zur Rolle der Gemeinden zeigt deren breiten und unterschiedlich genutzten Handlungsspielraum auf. Die kommunalen Massnahmen reichen von gezielter Wohnbauförderung für Familien in der Stadt Zürich, Zusatzleistungen an Familien und allein Erziehende in finanziell bescheidenen Verhältnissen (Stadt Luzern), kommunale Unterstützungen in der Form von Wohnungsbeihilfen (Lausanne und Lugano) bis zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Intensität und Schwerpunkte der kommunalen Politik(en) für Familien kennen unterschiedliche Ausprägungen, je nach ökonomischem Kontext, politisch-kulturellen Prägungen und gesellschaftspolitischer Ausrichtung der kommunalen Politik. Zentrale Erkenntnisse des Berichts, die auf nationaler Ebene gelten, dürften auch für die Stadt Bern zutreffen:

- Familien haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere für allein Erziehende (23%) und für Paare mit zwei und mehr Kindern (20%).
- Jede dritte Familie in der Schweiz ist eine Familie mit Migrationshintergrund.

Obwohl insbesondere die ökonomische Situation von Familien stark vom jeweiligen kantonalen Steuer- und Familienzulagensystem abhängig ist, haben die Gemeinden beträchtlichen Handlungsspielraum.

Interessante Informationen über die Bedürfnisse von Familien in Bern bringt der neue Lebensqualitätsbericht 2003 (Lebensqualität in der Stadt Bern, Mai 2004, Gemeinderat/Direktion für Bildung, Umwelt und Integration [Hrsg.]). So ist in Bern die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld bei Familien mit Kleinkindern deutlich geringer als bei Haushalten ohne Kinder (Lebensqualitätsbericht, S. 17-18). Die Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit und Nähe von Kinderbetreuung hat gegenüber 1999 sogar abgenommen. Von den Familien mit Kleinkindern sind 63% (gegenüber 50% 1999) unzufrieden, von den Eltern mit Kindern aller Altersstufen 42% (1999: 31%). Dieses Ergebnis erstaunt wenig, da die Warteliste im Frühjahr 2004 immer noch rund 750 Kinder umfasst (KITA: 593; Tagesstätte: 128; Tagesschule: 30).

Die Stadt Bern ist auf verschiedenen Ebenen aktiv (Ausbau der Kinderbetreuungsstrukturen, Kinderkonzept, Integrationsprojekte für Familien etc.). Der Handlungsbedarf für Familien ist weiterhin gross und eine vertiefte Auslegeordnung macht Sinn bevor weitere Schritte ergriffen werden.

Wir bitten daher den Gemeinderat zur prüfen, einen städtischen Familienbericht zu verfassen, welcher

- die bisherigen statistischen quantitativen und qualitativen Daten zur Situation von Familien in Bern analysiert und allenfalls wo notwendig ergänzt
- eine Auslegeordnung und Bilanz der bisherigen familienrelevanten städtischen Politik macht
- eine über die einzelnen Direktionen hinweg querschnittsorientierte Strategie verfasst und gestützt darauf gezielt prioritäre Massnahmen vorschlägt.
- Dabei sind folgende Schwerpunkte zu beachten: Situation allein Erziehender, Situation von Familien mit Migrationshintergrund, moderner, offener Familienbegriff, aktive Förderung einer gleichstellungsorientierten und frauenverträglichen Familienpolitik.

Bern, 16. September 2004

Postulat Natalie Imboden (GB)/Simon Röthlisberger (JA!), Catherine Weber, Doris Schneider, Daniele Jenni, Martina Dvoracek, Michael Jordi, Annemarie Sancar-Flückiger

Antwort des Gemeinderats

Die Schweiz verfügt über kein einheitliches Konzept der Familienpolitik. Der Bund beschränkt sich bei den familienpolitischen Massnahmen vorwiegend auf den ökonomischen Bereich. Entsprechend verfügen vor allem die Kantone, aber auch die Gemeinden über eine hohe Autonomie und weit reichende Kompetenzen.

Der Gemeinderat misst der Familienpolitik hohe Bedeutung zu. Mit einer aktiven Familienpolitik setzt Bern als Kernstadt einer grossen Agglomeration wichtige Signale. In verschiedenen familienpolitisch relevanten Bereichen steht die Stadt Bern auch gesamtschweizerisch gesehen gut da, zum Beispiel in Bezug auf die familienergänzende Tagesbetreuung, Massnahmen im Bildungsbereich, Integration und Wohnumfeldverbesserungsmassnahmen. Als Arbeitgeberin ist die Stadt vorbildlich familienfreundlich. Der Gemeinderat ist sich aber bewusst, dass in der Familienpolitik weiterhin Handlungsbedarf besteht. Er ist deshalb bereit, das Erstellen eines Familienberichts im Sinne des Postulats zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 16. März 2005

Der Gemeinderat